

XXIV.GP.-NR
Nr. 199 /Pet.

07. März 2013



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag^a Barbara Prammer

Parlament
1017 Wien

Telefon +43-1-40110-6672
Telefax +43-1-40110-6882
E-Mail wolfgang.pirkhuber@gruene.at
<http://www.pirkhuber.at>
Abg z NR DI Dr Wolfgang Pirkhuber
Sprecher für Landwirtschaft,
Lebensmittelsicherheit und Regionalpolitik

Betreff: Petition des Gemeinderates der Gemeinde Drasenhofen zum Thema „Errichtung eines Atommüll-Endlagers in der tschechischen Republik“

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Gemäß § 100 Abs 1 GOG-NR überreiche ich die Petition des Gemeinderates der Gemeinde Drasenhofen zum Thema „Errichtung eines Atommüll-Endlagers in der tschechischen Republik“ mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Pirkhuber



Gemeinde Drasenhofen

2165 Drasenhofen 39
pol. Bezirk Mistelbach

Tel.: 02554/85200, Fax. 02554/85200-1 e-mail: gemeinde@drasenhofen.at

Kü/SA-579/2012

Drasenhofen, am 20.12.2012

Ergeht an:

Herrn Bundeskanzler Werner Feymann
Herrn Vizekanzler Dr. Michael Spindelegger
Herrn Bundesminister Dr. Nikolaus Berlakovich
Herrn Bundesminister Dr. Reinhold Mitterlehner
Nationalrat und Bundesrat
Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll
Landesrat Dr. Petra Bohuslav
NÖ Landtag
Österreichischer Gemeindebund
Städtebund

Zur Information an:

Region Leisser Berge, Gemeinden im Bezirk Mistelbach

Der Gemeinderat der Gemeinde Drasenhofen hat in seiner Sitzung am 20.12.2012 folgende

RESOLUTION

einstimmig beschlossen:

Medienberichten ist zu entnehmen, dass die tschechische Republik im Wege der tschechischen Behörde für Nuklear-Abfallentsorgung SURAO (Sprave ulozis radioaktivnich oppadu) beabsichtigt, ein Atommüll-Endlager in der Gemeinde Rasov (bei Brünn) zu errichten. In diesem **Atommüll-Endlager** sollen die radioaktiv verbrauchten Brennstäbe aus den Atomkraftwerken Temelin und Dukovany endgelagert werden. Dieser Standort liegt lediglich **100 km nördlich von Mistelbach**. Es wird berichtet, die Gemeinde Rasov sei grundsätzlich für dieses Atommüll-Endlager, da es zusätzliche Geldmittel für diese Gemeinde gibt – bis 100 Millionen tschechische Kronen (rd. € 4 Millionen) hält die staatliche Nuklearbehörde dafür bereit.

Als weitere Standorte für Atommüll-Endlager stehen auch die Bereiche im Umfeld von Lodherov, Bozejovice, Budisov, Lubenec, Rohozna, Boletice und Hradiste zur Auswahl.

Jeder dieser Standorte beinhaltet ein enormes **Gefahrenpotential für die österreichische Bevölkerung**. Durch den Standort Rasov bei Brünn sind die **Stadtgemeinde Mistelbach sowie alle Gemeinden im Weinviertel besonders gefährdet**.

Aus Sicht gesundheitsbewusster, zukunftsorientierter Bürgerinnen und Bürger, die auf Lebensqualität achten, sind diese Standorte nicht akzeptabel.

Es ist **unglaublich, dass über Köpfe der betroffenen Bevölkerung hinweg in der Europäischen Union Atommüll-Endlager errichtet werden dürfen**. Es ist schon jetzt eine Zumutung und ständige Bedrohung der Gesundheit, weil wir im Weinviertel in unmittelbarer Nachbarschaft mit den Atomkraftwerken Temelin und Dukovany leben müssen, in denen erst kürzlich **Sicherheitsmängel festgestellt wurden**. Zu diesen gefährlichen Kernkraftwerken nun noch ein Atommüll-Endlager errichten zu wollen, das die Region tausende Jahre hindurch verseucht, ist nicht zu akzeptieren. Die Belastung für uns und zukünftige Generationen mit diesem gesundheitsschädlichen und todbringenden Müll muss verhindert werden.

Der Gemeinderat der Gemeinde Drasenhofen spricht sich daher entschieden gegen die Errichtung eines Atommüll-Endlagers in der Tschechischen Republik und somit in den angeführten Standorten aus.

Die NÖ Landesregierung und die österreichische Bundesregierung werden aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um Atommüll-Endlager in der Tschechischen Republik zu verhindern. Der tschechischen Regierung ist klar zu vermitteln, dass Atommüll-Endlager seitens Österreichs nicht geduldet und strikt abgelehnt werden.

Die Bundesregierung und NÖ Landesregierung werden weiters aufgefordert, dieses Thema in den Gremien der Europäischen Union zu thematisieren. Auch wenn die Nutzung der Atomkraft zu den nationalen Angelegenheiten eines Staates gehört, betrifft dies die Lebensinteressen der Bürgerinnen und Bürger der benachbarten Nationalstaaten zutiefst. Gesundheits- und Gefahrenpotentiale machen nicht an der Grenze halt, sie sind international, sodass dafür zu sorgen ist, dieses Thema aktiv in allen Gemeinden der Europäischen Union anzusprechen. Ein Atommüll-Endlager in Tschechischen ist jedenfalls zu unterbinden.

Diese **Aufforderung** ergeht auch an die gesetzgebenden Körperschaften – **Nationalrat, Bundesrat und NÖ Landtag** – sowie an die **verfassungsmäßige verankerten Vertretungen der Gemeinden, nämlich Städtebund und österreichischer Gemeindebund, die auch in Gremien der Europäischen Union Sitz und Stimme (Ausschuss der Regionen) haben.**

Der Gemeinderat der Gemeinde Drasenhofen ist um die Gesundheit aller, insbesondere unserer Kinder, Enkelkinder und zukünftiger Generationen, besorgt und lehnt dieses riskante Vorhaben der Errichtung eines Atommüll-Endlagers nahe bei Mistelbach entschieden ab.

In Mistelbach und im Weinviertel erwarten wir klare politische Positionen der Bundesregierung und NÖ Landesregierung sowie des Nationalrates, Bundesrates und NÖ Landtages sowie des Städte- und Gemeindebundes gegen jedwedes Atommüll-Endlager.

Mit freundlichen Grüßen!


(Bgm. Franz Künzl)